

1. Laut einer vielfach zitierten Studie der Bauer Media Group (Deutschland, 2009) hatten bereits zwei Drittel der 11 bis 17-Jährigen Kontakt zu Pornografie. Dies zeigt, dass der Schutz vor pornografischen und damit jugendgefährdenden Darstellungen, bisher nicht gewährleistet ist. Das ist ein Problem! Angesichts dieser Zahlen lautet unsere Frage: Inwiefern gedenken Sie sich in diesem Bereich für den Kinder- und Jugendschutz einzusetzen?



: Die Frage wurde nicht beantwortet.



FPO FREIHEITLICHER PARLAMENTSKLUB: Hier gilt es die Aufklärung durch staatliche Institutionen stärker auszubauen. Vor allem sind Eltern anzuleiten, Interesse an der Nutzung des Internetzes durch ihre Kinder zu zeigen, sowie auch eine verstärkte Kontrolle diesbezüglich wahrzunehmen. Eltern dürfen hierbei vom Staat nicht alleine gelassen, sondern durch Aufklärungsmaßnahmen von Ministerien und anderen staatlichen Institutionen unterstützt werden.

Aufklärung der Kinder und vor allem auch der Eltern ist der Schlüssel.



: Siehe Anmerkung am Ende des Fragebogens.



DIE GRÜNEN GRUENE.AT: Wie Sie sehen wir es als Problem, dass pornographische Inhalte oder Gewaltdarstellungen über das Internet verbreitet werden. Im Bereich des Gutheißen von (zukünftigen) Straftaten sowie bei sexualisierter Gewalt im Internet bestehen massive Schutzlücken im Strafrecht. Die Grünen haben einen entsprechenden Initiativantrag bereits im Parlament eingebracht. Konkret sollen Formen der sexualisierten Gewalt sowie des Gutheißen von Gewalt im Internet explizit unter Strafe gestellt werden.



Kurz 2017: So wie in vielen anderen Bereichen bringt das Internet neue Fragestellungen und Herausforderungen auch für den Jugendschutz. Hier gibt es so wie bisher schon zwei grundsätzliche Zugänge: Jenen der Verbote und Kontrollen und jenen, der Jugendlichen das Rüstzeug für einen verantwortungsvollen Umgang mit neuen Medien mitgibt. Die Erfahrungen mit dem Internet zeigen jedenfalls die Grenzen von Kontrollen auf.

Es gibt technische Hilfsmittel, wie Filterprogramme, die gerade bei jüngeren Kindern verwendet werden können. Je älter Kinder werden, desto weniger stellen diese Filterprogramme einen verlässlichen Schutz dar. Denn diese können umgangen

werden. Daher ist es entscheidend, Themen wie Pornografie, Gewalt, Radikalismus etc. generell zu thematisieren und eine entsprechende Sensibilisierung und Reflexion zu fördern.

Wir müssen daher bereits früher – am besten im Kindergarten – bei einem verantwortungsvollen Umgang mit Medien ansetzen und die Medienkompetenz der Kinder im Sinne eines umfassenden Verständnisses stärken. Dazu gehört auch, dass sich Eltern bewusst mit den Gefahren für ihre Kinder im Internet auseinandersetzen.

neos

: NEOS treten dafür ein, dass Bildung und Schule den realen Anforderungen der Digitalisierung gerecht werden müssen. Medienkompetenz muss fächerübergreifend gelehrt werden. Wir setzen uns stark für „Digitalisierungskompetenz“ und „Medienkompetenz“ als Lehrinhalt in Schulen ein. Hier gibt es immer noch keinen einheitlichen Lehr-Leitfaden für dieses wichtige Thema. Expert_innen schlagen vor, dass ab dem 10. - 12. Lebensjahr Jugendliche über die Themenbereiche Sexueller Missbrauch, Kinderpornographie, Grooming, Cyberbullying (als Opfer wie Täter), Hassbotschaften, Betrugsfallen, und die Nicht-Amnesie des Internets aufgeklärt werden müssen. So lernen Jugendliche schon früh mit diesen Themen umzugehen.



: Siehe Anmerkung am Ende des Fragebogens.

SPÖ

: Wichtig ist hier Internetkompetenz, die einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Medium beinhaltet. Die SPÖ hat erreicht, dass im Volkschullehrplan nun erstmals digitale, informative und medienbezogene Kompetenzen verankert sind. Alle Bevölkerungsgruppen und natürlich auch SchülerInnen müssen fit gemacht werden, um mit den Angeboten im Netz umgehen zu können. Ein legitimer Ansatz ist der Zugriff auf Pornografie nur nach einem Alterscheck mit Ausweis oder Kreditkarte, wie etwa in Großbritannien. Wobei wir eine über Österreich hinausgehende, europaweite Lösung bevorzugen würden, da dies effektiver wäre.

2. Wir sehen die Notwendigkeit die Internetprovider selbst in die Pflicht zu nehmen. Unter dem Stichwort „saubere Server“ halten wir es für dringend, die volle Verantwortung nicht nur beim Endnutzer zu belassen. Letzteres, so zeigen die bereits genannten Zahlen, reicht nicht aus, um Kinder und Jugendliche zuverlässig zu schützen.

Auf welche Weise gedenken Sie in diesem Bereich aktiv zu werden?



: Die Frage wurde nicht beantwortet.



FPO : Die FPÖ setzt nicht auf Zensurstellen, die noch dazu von privaten Vereinen betrieben werden.

Wir sehen eher die Verantwortung bei den Anbietern von Software (wie Betriebssysteme, Virenschutz usw.) hier entsprechende Schutzmechanismen einzupflegen. Aber auch (wie schon in Frage 1) als Aufgabe der Eltern, verstärkt zu kontrollieren.



: Siehe Anmerkung am Ende des Fragebogens.



DIE GRÜNEN : Da Spezialisten schnell Wege finden Sperren zu umgehen, halten wir Grüne Netz sperren nicht für zielführend. Illegale Inhalte, wie z.B. Kinderpornografie, müssen gelöscht werden.



Kurz 2017 : Das Internet bietet großartige Möglichkeiten und eine kompetente Nutzung ist für Schule, Freizeit und Beruf eine unerlässliche Fähigkeit. Wir genießen in unserer liberalen Demokratie viele Freiheiten die für uns selbstverständlich sind und auf die wir auch nicht verzichten wollen. Eine hundertprozentige Garantie für einen Schutz vor ungeeigneten Inhalten gibt es im Internet nicht, genauso wenig wie im "analogen" Leben. Auf das Internet zu verzichten oder die Nutzung radikal einzuschränken kann daher nur die letzte Lösung sein. Darum ist es wichtig, Kinder aktiv auf die möglichen Risiken vorzubereiten.



neos : Netzsperren sehen wir als wenig probates Mittel des Jugendschutzes, da der gesperrte Inhalt der Wahrnehmung mehr oder weniger entzogen wird, aber nach wie vor verfügbar ist. Auch sind Netzsperren technisch oft zu umgehen und schaffen eine Zensurinfrastruktur, die auch auf andere - eigentlich legale - Bereiche ausgeweitet werden könnte. So zeigt sich etwa das Modell, auf Pornographie erst nach einem Alterscheck mit Ausweis oder Kreditkarte zugreifen zu können, wie es etwa in

Großbritannien eingeführt wurde, in der Praxis wenig tauglich, da der Sperralgorithmus nicht zwischen Pornographie und Aufklärungs-Websites unterscheiden kann und letztere ebenfalls sperrt.



: Siehe Anmerkung am Ende des Fragebogens.



: Grundsätzlich ist hier zu sagen, dass Netzsperren massive Eingriffe in die Kommunikationsfreiheit darstellen. Für uns sind diese Freiheit und die Netzneutralität ein hohes Gut, das es zu schützen gilt. Eingriffe dürfen daher nur im engsten, unbedingt notwendigen Rahmen auf Basis richterlicher Entscheidungen erfolgen. Netzsperren, die für Zensurmaßnahmen eingesetzt werden und somit die Grundrechte auf Informationsfreiheit gefährden, lehnen wir ebenso ab wie Sperren aus kommerziellen Interessen, da diese die Entwicklung neuer und innovativer Dienste gefährden würden.

3. Wir halten eine umfassende Präventionsarbeit für äußerst wichtig. In diesem Kontext möchten wir insbesondere auf das Erfordernis der Stärkung von Familien hinweisen.

Wie gedenken Sie konkret in diesem Bereich zu investieren?



: Die Frage wurde nicht beantwortet.



FPO FREIHEITLICHER PARLAMENTSKLUB: Die Familie hat für uns einen besonders hohen Stellenwert. Wie schon erwähnt ist eine verstärkte Aufklärung von staatlichen Institutionen notwendig. Auch Beratungsgespräche über die Möglichkeit von Sperren beim Kauf von PC, Laptops usw. ist ein Ansatz. Der Einzelhandel sollte in die Aufklärungsarbeit eingebunden werden.



: Siehe Anmerkung am Ende des Fragebogens.



DIE GRÜNEN GRÜNE.AT: Wir setzen in erster Linie auf Prävention durch Aufklärung der jungen Menschen – wie sie seit kurzem auch vermehrt in den Schulen als Unterrichtsfach angeboten wird. Da wird der Umgang mit dem Internet geübt und auch über Risiken jeder Art wird aufgeklärt.



Kurz 2017: Wir setzen hier weiter auf öffentliche und private Initiativen, die wir noch weiter ausbauen wollen. Auszugsweise seien genannt. Im Bundesministerium für Familien und Jugend ist die Medien-Jugend-Info (MJI) als Service eingerichtet. Das Ziel der MJI ist es, Jugendlichen und Erziehenden Medienkompetenz in ihrer gesamten Bandbreite zu vermitteln und zu fördern. Dazu werden beispielsweise regelmäßige Workshops mit Jugendlichen zu ausgewählten Themen abgehalten. Die Bundesstelle für Positivprädikatisierung von Computer- und Konsolenspielen hat das Ziel, besonders gute Spiele für Computer und Konsolen aus der Fülle des Marktes hervorzuheben, um Eltern und Pädagog/-innen eine Orientierungshilfe beim Kauf zu bieten. Mittlerweile werden auch Spiele für Handys, Smartphones und Tablets begutachtet und das breite Angebot an Online-Spielen wird auch berücksichtigt.

Digi4Family wurde vom Bundesministerium für Familien und Jugend ins Leben gerufen und ist eine Initiative zur Steigerung der Medienkompetenz von Familien. In regelmäßigen interaktiven Online-Webinaren werden Themen wie Cybermobbing, Computerspiele, Elternbildung, Medienkompetenz etc. behandelt.

Das EU-Programm "Safer Internet" hat es sich zum Ziel gesetzt, in allen Mitgliedstaaten eine breite und fundierte Aufklärung und Information sowohl der Kinder und Jugendlichen wie auch der Eltern und Pädagog/innen zu ermöglichen. In Österreich ist in diesem Sinne die Initiative "saferinternet.at" tätig. Das

Bundesministerium für Familien und Jugend arbeitet eng mit saferinternet.at zusammen.

Auch Safersurfing soll in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben und stellvertretend für alle anderen Initiativen stehen.



: Jugendschutz im Internet ist wichtig, darf aber nicht zur Einschränkungen von eigentlich legalen Inhalten für alle Menschen führen. Es gibt bereits vielfältige Angebote, zum Teil auch mit staatlicher Unterstützung, die ein sicheres und altersgerechtes Surfen für Kinder und Jugendliche ermöglichen. Außerdem sollte verstärkt auf Bewusstseinsbildung im Umgang mit und Erleben von pornographischen Inhalten bereits im Schulunterricht gesetzt werden. Die Gefahr einer Zugangsregulierung mit Kreditkarte oder Ausweis ist das Verdrängen von (jugendlichen) Nutzer_innen ins Darknet, in dem sie schnell höchst problematischen Inhalten ausgesetzt sein können.



: Siehe Anmerkung am Ende des Fragebogens.



: Vieles in diesem Bereich, so wie auch in allen anderen Erziehungsbereichen, liegt vor allem in der Verantwortung der Eltern. Elternschulungen von Trägervereinen, die von der öffentlichen Hand unterstützt werden, bieten medienpädagogische Inhalte an.

Anmerkung – Rückmeldungen der Parteien, welche die Fragen nicht beantwortet haben:



: G!LT kandidiert nicht mit einem sachpolitischen Programm zu dieser Wahl. Anstatt dessen bringen wir das politische System der Offenen Demokratie als Idee ein. Wir können daher keine Stellungnahme zu Ihren Fragen abgeben, weil wir dafür erst die Bürgerinnen einbeziehen würden.



: Wir sind keine klassische Partei. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten sind Arbeitsprogramme - für die nächsten fünf Jahre: für Forschung, für Justiz, für Tierschutz, für Integration und mehr. Im Fall von Peter Pilz: für Kontrolle und Korruptionsbekämpfung.

Wir leben eine neue Politik

Die anderen verteilen Wahlprogramme. Wir verändern. Mit Sachkenntnis, Elan und einem freien Mandat - ohne Parteilinie und Klubzwang. Unser Parlamentsklub wird der zentrale Knoten in einem Bürgernetz, eine Plattform für offene Demokratie.

Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit

Egal ob in der Bildung, bei den Steuern, bei den Mieten, für allein-erziehende Frauen, für Pensionistinnen und Pensionisten, für Kinder, für Konsumentinnen, für Arbeiter und Familien, in der Integration.

Von Seiten der KPÖ kam keine Rückmeldung.